

2358/J-BR/2005

Eingelangt am 13.10.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der vom Vorarlberger Landtag entsandten Bundesräte (Jürgen Weiss, Edgar Mayer und Ing. Reinhold Einwallner)

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend Sicherstellung der Schulqualität

Der Vorarlberger Landtag hat sich in seiner Sitzung vom 5. Oktober 2005 dafür ausgesprochen, in Anbetracht sinkender Schülerzahlen eine baldige Korrektur der Klassenschülerhöchstzahlen zu prüfen und dafür Bundesmittel zur Verfügung zu stellen.

Dieser Beschluss wurde vom Landtag wie folgt begründet:

„Grundlage für die zulässigen Klassenschülerhöchstzahlen sind die Bestimmungen des Schulorganisationsgesetzes des Bundes. Auf diesen grundsatzgesetzlich festgelegten Zahlen basieren auch die Klassenschülerhöchstzahlen von Landes-Ausführungsgesetzen. Zudem sind die derzeitigen Planstellenvorgaben für den Pflichtschulbereich im Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Ländern bis 2008 geregelt, wobei den Berechnungsfaktoren die zur Zeit gültigen Klassenschülerhöchstzahlen zu Grunde liegen. Es steht außer Frage, dass niedrigere Schülerzahlen pro Klasse in der Regel mehr individuelle Förderung ermöglichen. Die tatsächlichen Schulleistungen sind aber auch von anderen Faktoren abhängig. Der Erhalt der Bildungsqualität, die in unseren Kindergärten und Schule grundgelegt wird, ist vom Zusammenspiel mehrerer Voraussetzungen geprägt. Dazu gehören auch die Klassenschülerhöchstzahlen und individuelle Förderungen bei Auffälligkeiten oder Nachholbedarf. Genauso die Möglichkeiten der gezielten (Sprach)-Förderung im vorschulischen Bereich und in der Schuleingangsphase. Es muss aber auch klar sein, dass dafür zusätzliche Ressourcen erforderlich sind, denn eine Verringerung der Klassenschülerhöchstzahl hat eine Erhöhung der Klassenzahl zur Folge. Dies wiederum bedeutet, einen zusätzlichen Planstellenbedarf mit einem finanziellen Aufwand, da oder dort auch Investitionen bei Schulerhaltern.“

Daher richten die unterzeichneten Bundesräte an die Frau Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur folgende

Anfrage :

Sind Sie bereit, sich unter Berücksichtigung der vom Vorarlberger Landtag gefassten EntschlieÙung im Wege einer Änderung des Schulorganisationsgesetzes für eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen einzusetzen?